

A 10/17

Alle Aufgaben zur Vorlage

Name: 202/2019/1 Bereiche: Stabsstelle Flüchtlinge, Amt für Medien und Kommunikation, Dezernat 2, Dezernat 3, Hauptamt, Stabsstelle Internationalität, Stadtkämmerei

Art: Öffentliche Vorlage Bearbeiter: Lenner, Nina

Datum: 29.11.2019 Verfasser: Ott, Helmut

Bezeichnung: Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot

ERLEDIGT

ERLEDIGT	TERMIN	BETREFF/ERLEDIGUNG	VON	BEARBEITUNG
	29.11.2019	Vorlage erfassen		Lenner, Nina (Hauptamt)

OFFEN

TERMIN	VOM	BETREFF/ERLEDIGUNG	VON	BEARBEITUNG
11.12.2019	10.12.2019	Mitzeichnung Dezernat 1	Lenner, Nina (Hauptamt)	Müller, Tobias (Dezernat 1)

10 Hm



Schwäbisch Gmünd, 29.11.2019
Gemeinderatsdrucksache Nr. 202/2019/1

Vorlage an

Gemeinderat

zur Beschlussfassung

- öffentlich -

beschlossen
18.12.19

Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot

Anlagen:

Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat verabschiedet nachfolgende Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Sachverhalt und Antragsbegründung:

1. Situation der Seenotrettung

Die zentrale Mittelmeerroute von der libyschen Küste nach Italien ist noch immer die gefährlichste Flüchtlingsroute der Welt. Tausende von Menschen sterben jährlich durch Ertrinken auf der Flucht übers Mittelmeer. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren es 2017 3.139 und 2018 2.275 Menschen. Allein seit Jahresbeginn wurden bis zum 1. Oktober 2019 994 Opfer gezählt. Die Dunkelziffer dürfte aber höher sein.

Auch der deutsche Bundesinnenminister Horst Seehofer sieht Handlungsbedarf. Um die Verteilung ankommender Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer zu beschleunigen, traf das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat die Entscheidung, künftig jeden vierten Flüchtling aufzunehmen, der in Italien ankommt. Nach Aussage von Bundesinnenminister Horst Seehofer ändere diese Entscheidung nichts an der bisherigen Quote an Flüchtlingen, die Deutschland aufnehme, aber man umgehe das „quälende Prozedere“.



re“, jeden Flüchtling einzeln über die Europäische Union hinweg zu verteilen.

Deutschland bestärkte seinen Einsatz für eine funktionierende Verteilung der ankommenden Bootsflüchtlinge bei einem Treffen der Innenminister in Malta.

Mit der Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot möchte die Stadt ihre Unterstützung einer praktikablen und funktionierenden Verteilung von Flüchtlingen über die Europäische Union hinweg zum Ausdruck bringen und ihre Bereitschaft dokumentieren, freiwillig weitere Flüchtlinge aufzunehmen, um der dramatischen Situation der Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer entgegenzuwirken. Über die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter und die Aktivitäten, mit denen die Stadt ihren Forderungen an Bund und Europäische Union Nachdruck verleiht, berichtet die Verwaltung in angemessenen Abständen dem Gemeinderat.

2. Heimatnahe Flüchtlingshilfe

Der Stadtverwaltung ist es in diesem Zusammenhang wichtig darauf hinzuweisen, dass das Retten von Geflüchteten, die auf dem Mittelmeer in Not geraten sind auch das Ergebnis einer verfehlten Entwicklung in den jeweiligen Herkunftsländern ist. Um langfristig die Flucht über das Mittelmeer und damit das Ertrinken von Menschen im Mittelmeer zu verhindern, muss eine heimatnahe Flüchtlingshilfe stattfinden, die das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern verfolgt und so Fluchtursachen bekämpft. Aus diesem Grund möchte die Stadtverwaltung auch ihr Engagement in Afrika verstärken.

Auch der Gemeinderat hat die Einrichtung der Haushaltsstelle „Heimatnahe Flüchtlingshilfe“ unterstützt, um der Stadtverwaltung eigene Mittel für mögliche Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie die Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) begrüßen ausdrücklich eine Zusammenarbeit der Stadt Schwäbisch Gmünd mit einer Kommune in Afrika.

Möglich wird ein verstärkter Fokus auf die Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens, und insbesondere auch Länder in Afrika, dank einer Förderung für eine Projektstelle des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Zusammenarbeit mit einer Kommune in Afrika soll in Zukunft von der neugeschaffenen Projektstelle des „Koordinators für kommunale Entwicklungspolitik“ bearbeitet werden.

Um Zustimmung des Beschlussantrages wird gebeten.



Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot

1. Die Rettung von Menschen in Seenot, die Hilfe für Menschen, die zu ertrinken drohen und die sichere Fahrt von Geretteten an Land ist eine Selbstverständlichkeit, wobei es höchste Sorge bereitet, dies ausdrücklich benennen zu müssen.
2. Die Stadt erklärt sich bereit, zusätzliche Flüchtlinge aus der Seenotrettung aufzunehmen und insoweit dem Bündnis „Sichere Häfen“ beizutreten. Ein geordneter Rahmen durch die zuständigen Bundes- und Landesministerien sowie der Landkreisverwaltung ist dafür notwendig.
3. Seenotrettung darf nicht Teil eines Geschäftsmodells von kriminellen Schleppern sein. Die Stadt Schwäbisch Gmünd verurteilt, wenn sich Schlepper den Einsatz der Seenotrettung zunutze machen und sich an der Notlage der Geflüchteten bereichern.
4. Für die Schaffung von besseren Lebensbedingungen und persönlichen Perspektiven - insbesondere in Afrika - müssen jedoch Lösungen vor Ort durch eine aktive Entwicklungshilfe gefunden werden. Schwäbisch Gmünd wird seine Bemühungen hier verstärken und das Engagement der Gmünder Kirchengemeinden und Vereine in Afrika unterstützen.
5. Die Grundlagen für Migration und für die Aufnahme von Flüchtlingen können nur auf europäischer Ebene geschaffen werden. Wir fordern die Verantwortlichen der Bundesregierung und auf europäischer Ebene dazu auf, Wege zu finden, Asylantragsteller und Bürgerkriegsflüchtlinge würdevoll aufzunehmen, gerecht auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu verteilen und zügige Entscheidungen über die legalen Bleibeperspektiven zu treffen.
6. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd die Initiative der Bundesregierung, in Vorleistung zu gehen und nach Medienberichten jeden vierten Flüchtling nach einer Seenotrettung im Mittelmehr nach Deutschland einreisen zu lassen.
7. Wir fordern die Europäische Union auf, Mitgliedsstaaten zu sanktionieren, die sich ihrer Verantwortung für Flüchtlinge und Asylbewerber entledigen wollen, die sich mit ihrem Handeln gegen die Grundwerte der Europäischen Union stellen und die den fairen Ausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten damit grundsätzlich in Frage stellen.